

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Samstag, 10. März 1973

Blatt 450

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Bürgermeister Slavik: Roßauerkaserne für
Universität
Städtetag in Schwechat

Lokal: 30.500 Kilometer quer durch Wien - Rettungsdienst
im Februar

Kulturdienst: Konservatorium im Schönbrunner Schloßtheater

Kommunal: Diskussion über Sternwartepark

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer: (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

buergenmeister slavik: rossauerkaserne fuer universitaet

1 wien, 10.3. (rk) die rossauerkaserne soll fuer die erweiterung der wiener universitaet genutzt werden. das verlangte buergenmeister felix s l a v i k in seiner radiorede am samstag.

der buergenmeister schilderte die drueckende raumnot der wiener hochschulen. von den frueheren unterrichtsministern sei fuer die hochschulen trotz aller vorstellungen der professoren und studenten und der stadtverwaltung viel zu wenig getan worden. die stadt wien stehe jedenfalls weiter zu ihrem angebot, das gelaende des alten allgemeinen krankenhauses nach fertigstellung des neubaus zur verfuegung zu stellen. damit sei jedoch erst mitte der achtzigerjahre zu rechnen. deshalb seien sofortmassnahmen noetig, damit die vielzitierte bildungsexplosion nicht zur farce werde.

woertlich sagte dann der buergenmeister: 'mehr als 30.000 studenten in wien warten darauf, dass sofort etwas geschieht. die berechtigten anliegen der studierenden, die trostlosen raumverhaeltnisse an vielen instituten, waren letzten endes dafuer entscheidend, dass die stadt wien dem wunsch des bundes und der hochschulen, auf dem areal des sternwarteparks ein universitaetsgebaeude zu errichten, entsprach. wobei es nicht so ist, dass uns die verschiedenen auffassungen gleichgueltig sind. es mussten aber die verschiedenen interessen abgewogen werden, wobei der linderung der raumnot der hochschulen der vorrang eingeraeumt werden musste. an dieser entscheidung haben auch der gemeinderat und die bezirksvertretung mitgewirkt. die tatsache, dass an manchen instituten fuer einen studierenden nicht mehr als ein quadratmeter raum zur verfuegung steht, war auch ausschlaggebend dafuer, dass beim projekt eines neubaus der juridischen

fakultaet bei der schottenbastei staedtebauliche bedenken hint-angestellt wurden.

seit laengerer zeit wird heftig darueber diskutiert, ob die rossauer kaserne erhalten bleiben oder einem neubau platz machen soll. wie immer die willensbildung ausfallen moege, ob das gebaeude nun abgebrochen wird oder erhalten bleibt, eines steht fuer mich fest: das areal darf nicht ausschliesslich nach wirtschaftlichen gesichtspunkten genutzt werden. die lage des grundstueckes bietet sich geradezu fuer einen erweiterungsbau der universitaet an. als buergermeister wiens trete ich vehement dafuer ein, diese sich bietende chance im interesse der hochschule, im interesse der studierenden und der professoren und nicht zuletzt im interesse wiens als hochschulzentrum zu nutzen. sollte es moeglich sein, auf diesem grundstueck ein universitaetsgebaeude zu errichten oder das bestehende gebaeude fuer die universitaet zu nutzen, koennte eine kurzfristige erleichterung des raum-mangels fuer die hochschulen erreicht werden. auch direkt am ring gibt es meiner meinung nach ein areal, das fuer hochschulzwecke genutzt werden koennte: das grundstueck neben der neuen polizeidirektion.''

buergermeister slavik sagte weiter, dass er diese gedanken bereits mit mehreren mitgliedern der bundesregierung und mit dem rektor der universitaet besprochen habe und auf verstaendnis dafuer hoffe.

+++

k o m m u n a l :

=====

staedtetag in schwechat

2 wien, 10.3. (rk) der oesterreichische staedtetag 1973 wird am 6. und 7. juni in schwechat abgehalten. auf antrag von generalsekretaer stadtrat otto s c h w e d a hat der hauptausschuss des oesterreichischen staedtebundes einstimmig diesen termin beschlossen und gleichzeitig die einladung von buergermeister abgeordneter zum nationalrat rudolf t o n n nach schwechat akzeptiert.

+++

L o k a l :

=====

30.500 kilometer quer durch wien
rettungsdienst im februar

4 wien, 10.3. (rk) die zehn einsatzwagen der wiener rettung hatten im februar 3.066 ausfahrten, bei denen sie insgesamt 30.500 kilometer zuruecklegten. unter den alarmgruenden waren 420 verkehrsunfaelle, 182 betriebsunfaelle, 49 sportunfaelle und zehn unfaelle bei haeuslicher arbeit, ausserdem 211 alkoholisierte. unter den opfern von verkehrsunfaellen war eine 69jaehrige frau, die infolge eigener unvorsichtigkeit aus der strassenbahn stuerzte. der rettungsarzt konnte keine atmung und herztaetigkeit mehr feststellen. durch die bemuehungen des arztes und der sanitaeter konnte die patientin wieder zu bewusstsein gebracht werden. sie duerfte trotz schwerster innerer verletzungen mit dem leben davonkommen.

die 22 wagen des krankenbefoerderungsdienstes legten bei 5.902 ausfahrten rund 75.000 kilometer zurueck. in fuenf faellen mussten die mitarbeiter dieses dienstes in einer wohnung oder im krankenwagen entbindungen durchfuehren.

die bettenzentrale vermittelte im februar 2.939 patienten in krankenhaeuser. von ihnen waren 2.024 ueber 60 jahre und 53 ueber 90 jahre. es gab keinen einzigen echten grippefall.

+++ -

k o m m u n a l :

=====

diskussion ueber sternwartepark

5 wien, 10.3. (rk) in der waehringer bezirksvorsteherung fand freitag eine mehrstuendige aussprache zwischen dem komitee, das den bau eines institutsgebaeudes der universitaet im sternwartepark verhindern will, und einem ausschuss der bezirksvertretung, in den vertreter aller fraktionen gewaehlt wurden, statt. in der sehr sachlich gefuehrten diskussion betonten bezirksvorsteher dkfm. h a n s h e m m e l m a y e r und bezirksvorsteherstellvertreter dipl.ing. g u e n t h e r h a i d e n , dass es die bezirksvertretung begruessen wuerde, wenn ein anderer bauplatz fuer das institutsgebaeude gefunden werden koennte. die bezirksvertretung habe jedoch keine rechtliche moeglichkeit, den bau zu verhindern. die flaechenwidmung wurde einstimmig in der bezirksvertretung und im gemeinderat beschlossen. nach erteilung des fluchtlinienbescheides hat nun der grundeigentuemer ein gesetzlich garantiertes recht darauf, zu bauen.

nach ansicht der bezirksvertretung komme es nun darauf an, bei der bevorstehenden bauverhandlung bestimmte auflagen zu erreichen. in diesem zusammenhang wurde betont, dass die bezeichnung ''sternwartepark'' irrefuehrend sei. von einem park koenne keine rede sein, auch nicht - wie verschiedentlich behauptet wurde - von einem restbestand des wienerwaldes. auf dem areal waren einst weingaerten und sandgruben, bis es vor etwa hundert jahren der universitaet zur verfuegung gestellt wurde. vom jetzigen baumbestand ist mehr als ein drittel abgestorben oder krank, der unterwuchs ist voellig verwildert. der bezirksvertretung erscheint es daher vordringlich, dass der sogenannte park saniert und der oeffentlichkeit zugaenglich gemacht wird. das soll im zusammenhang mit dem bau des institutsgebaeudes erreicht werden und wurde auch bereits zugesichert. ''wenn wir das erreichen, ist das wesentlich besser, als der jetzige zustand'', wurde betont. es wurde auch bereits zugesichert, dass auf zwei dinge, die besondere kritik ausgeloezt haben, verzichtet wird: die kadaververbrennung und die heizanlage mit dem rauchfang werden nicht gebaut. das gebaeude wird statt dessen an das fern-

10. maerz 1973

"rathaus-korrespondenz"

blatt 456

waermenetz angeschlossen, schliesslich muesse garantiert werden, dass die baeume an der edmund weiss-gasse stehen bleiben.

vom komitee wurde zwar anerkannt, dass die bezirksvertretung keine gesetzliche moeglichkeit zur verhinderung des baues hat, jedoch der bau selbst weiterhin prinzipiell abgelehnt.

1022